

Die Energiewende wird zu einem weiteren Anstieg der EEG- und der Netzumlage führen. Hierüber sind sich alle Studien einig. Aber wer soll wie viel von den Kosten tragen? Die breiten Schultern müssten am meisten tragen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Die wesentliche Innovation unseres Antrags ist daher eine Reform der Verteilungswirkung des EEG. Die bisherige EEG-Umlage soll als Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld aufgebracht werden. Das Vorbild ist dabei der Solidaritätszuschlag.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, unser Vorschlag enthält sogar eine Steuersenkungskomponente. Die Umsatzsteuerzuschläge auf die EEG-Umlage entfallen komplett und sollen vom Bund getragen werden. Nicht nur Geringverdiener werden deutlich entlastet, auch die Mittelschicht und gerade Familien mit Kindern werden weniger für ihren Strom zahlen.

Unser Antrag zeigt, wie die Energiewende sozial gerecht und damit nachhaltig organisiert werden muss. Nur so werden wir die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zu 100 % erneuerbarer Energien mitnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie noch, was ein Zeitfresserantrag ist? Die Kollegin Birkhahn hat den Begriff gestern zutreffend geprägt, um zu einem Antrag der Linken Stellung zu nehmen.

Auch bei diesem Antrag wird nach üblicher Manier ein angeblicher Missstand benannt, aufgebauscht und dann die übliche linke Ideologie verbreitet. Eigentlich müssten wir uns mit dem Antrag der Linken nicht näher auseinandersetzen, wie übrigens mit den meisten anderen auch nicht. Aber diesmal haben die Linken eine Grenze überschritten, so dass es doch erforderlich ist, zu Menschenrechten und Strompreisen Stellung zu nehmen.

Menschenrechte werden heute gewöhnlich als Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat zum Schutze seiner Freiheitssphäre verstanden. Dabei geht es um Grundrechte, die unabhängig von der Staatsangehörigkeit allen Menschen zustehen. Mit ihrem Antrag setzen die Linken die Strompreiserhöhungen von einigen Cent pro Kilowattstunde einem Eingriff in die Grundrechte gleich. Was maßen Sie sich eigentlich an? Ich lasse mir doch nicht von einem Kommunisten erzählen, was Menschenrechte sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der LINKEN: Och! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sind Sie ein Rechtsradikaler oder was?)

Ich rate Ihnen dringend, wie es Herr Kollege Sieveke gerade schon gemacht hat: Gehen Sie nach draußen, schauen Sie sich in der Wandelhalle die Schautafeln an. Stacheldraht, Schießbefehl, Selbstschussanlagen – haben Sie das alles schon vergessen?

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist die Rede eines Rechtsradikalen!)

Es ist ein Hohn, wenn Sie im Zusammenhang mit der notwendigen Strompreiserhöhung den Begriff der Menschenrechte missbrauchen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unverschämtheit!)

Wie viele unserer Landsleute sind jahrzehntelang unterdrückt, eingesperrt und gefoltert worden, weil sie in der DDR für Menschenrechte eingetreten sind?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Reden Sie zum Thema!)

– Es geht Ihnen doch um Menschenrechte, Herr Sagel. – Denken Sie an China, denken Sie an Nordkorea!

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie müssen im Landtag zum Thema reden! Sie können nicht irgendetwas reden, sondern Sie müssen zum Thema reden!)

Es ist eine Beleidigung für diese Menschenrechtler, ihre Verdienste mit einer Strompreiserhöhung gleichzusetzen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Debatte sachlich fortzuführen.

(Beifall von der LINKEN – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sehr richtig! Aber Sie können zum Inhalt wahrscheinlich gar nichts sagen! Das ist das Problem, das Sie haben!)

Jens Kamieth (CDU): Das, was die sozialistischen Staaten getan haben und heute immer noch tun, ist eine Verletzung der Menschenrechte, aber nicht der Umstand, dass der Strompreis steigt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Kommen wir zum eigentlichen Thema, den Strompreisen!

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Endlich!)

Es ist ohne Frage wichtig, den Strom bezahlbar zu halten. Wir müssen aufpassen, dass der Strompreis nicht zur sozialen Frage dieses Jahrhunderts wird.

Wir müssen besonders darauf achten, diejenigen, die uns am meisten brauchen, nicht zu vergessen. Ich will nicht, dass die Rentnerin ihren Herd nicht mehr einschalten kann und den Strom abgestellt bekommt, weil sie ihre Rechnung nicht bezahlen kann.

Aber schauen wir uns doch einmal die Tatsachen an! Es sind doch gerade die Linken, es sind doch gerade die Grünen und jetzt auch die Sozialdemokraten, die mit ihrer Forderung nach einem Ausstieg aus der Kohlekraft den Strom verknapfen und teure Alternativen nötig machen. Wer blockiert denn den Bau moderner Kraftwerke wie das in Datteln?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn die Kohle verteufelt?)

Wer belastet denn die Stromversorger mit unnötigen rechtswidrigen Abgaben wie dem Wasserentnahmeentgelt?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Scheinheilig!)

Wir haben gestern in diesem Hohen Hause den Gesetzentwurf beraten, und Sie haben ihn schließlich beschlossen. Die Kosten werden auf die Verbraucherpreise umgelegt. Wir alle müssen dafür bezahlen. Mit Ihrer industriefeindlichen Politik sind Sie die wahren Preistreiber, und die Behauptung, Sie würden soziale Politik machen, ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn Sie wüssten, wie soziale Marktwirtschaft funktioniert, wüssten Sie auch, dass es so nicht gehen kann. Mit Ihren populistischen Forderungen lassen Sie vor allem eines vermissen: Verantwortung für die Menschen in unserem Land.

Wir sind aber dazu verpflichtet, eine verantwortliche Politik zu betreiben, damit der Strom für alle Menschen in unserem Land erschwinglich bleibt: für die Rentner, für die Familien, für die Jungen und die Alten, für alle. – Darum geht es. Dafür setze ich mich ein. Dafür setzt sich meine Fraktion ein.

Dafür setzt sich auch die christlich-liberale Bundesregierung ein. Sie schafft den Spagat zwischen ökologischer und sozialer Verantwortung. Sie schafft den Einstieg in regenerative Energien. Sie schafft es gleichzeitig, den Strom für alle erschwinglich zu halten. Das, was Angela Merkel und Norbert Röttgen in kürzester Zeit auf die Beine gestellt haben, weist in die Zukunft. Dafür möchte ich mich auch ganz einfach einmal bedanken.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Zuspruch hielt sich aber in Grenzen!)

Sie von den Linken fordere ich auf: Unterstützen Sie die vernünftige Energiepolitik der Bundesregierung und ersparen Sie uns Ihre janusköpfigen scheinheiligen Schaufensteranträge.

Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir stimmen der Überweisung natürlich zu, obwohl man eigentlich nicht mehr über den Antrag diskutieren müsste. Das habe ich bereits gesagt. Im Ausschuss werden wir den Antrag selbstverständlich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. – Für die SPD spricht Herr Abgeordneter Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kamieth, an einer Stelle sind wir uns einig: Ich spreche auch nicht für den Antrag. Aber auf dieses niveaulose Format, was Sie abgelassen haben, werde ich mich nicht begeben, sondern zur Sache reden.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Es ist schon hanebüchen, wenn sich ein Unionspolitiker mit solcher Argumentation hierhin stellt. Die Union hat Kohle in den letzten Jahren verteufelt und Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene gefasst und durch die Hintertür die Revisionsklausel wieder rückgängig gemacht hat und dann die Sozialdemokraten in Richtung Kohle beschimpft. Das ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten, Herr Kamieth.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion die Linke stellt eines zu Recht fest. Das EEG – das Erneuerbare-Energien-Gesetz – hat sich als Förderinstrument eindeutig bewährt. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in der Tat von 6,4 % im Jahr 2000 auf 16,8 % im Jahr 2010 erhöht. Im Übrigen darf an dieser Stelle ruhig noch einmal erwähnt werden, dass es die Sozialdemokraten waren, die das EEG erfunden und gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeführt haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Manchmal macht ihr auch etwas richtig!)

– Das ist öfter so, Herr Kollege Sagel. Wenn Sie schon bei „manchmal“ einsteigen, dann bin ich anschließend bei „öfter“ gute Dinge, dass es bei Ihnen noch Früchte tragen wird.

Es steht außer Frage, dass die Energiekosten ein wichtiger Kostenblock für private Haushalte, für das Gewerbe, aber auch für die Industrie ist. Strom muss in der Tat für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar bleiben.

Wenn es aber um die Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme geht, läuft der Antrag der Linken leider aus dem Ruder. Es ist, als hätte sich die Linke bei diesem schmutzigen Wetter des Sommers dazu verleiten lassen, schon einmal ein vorweih-